Lebenshilfe Saarbrücken Dienste gGmbH
Hochstraße 57
66115 Saarbrücken

Kolumne von Markus Igel, Oktober 2026

Meine Angst ist keine Ideologie – Inklusion ist mein Leben

Eine Kolumne von Markus Igel für den „Barrierebrecher" der Lebenshilfe Saarbrücken

Ich habe Angst. Große Angst. Angst vor dem politischen Rechtsruck in unserem Land, vor dem Aufstieg der AfD und vor einer Entwicklung, in der Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Menschenverachtung immer selbstverständlicher werden. Ich habe Angst davor, dass gesellschaftliche Errungenschaften, für die Menschen über Jahrzehnte gekämpft haben, wieder infrage gestellt werden. Und ich habe besonders große Angst davor, dass die Inklusion, für die ich mich seit vielen Jahren einsetze, zunehmend zurückgedrängt oder sogar abgeschafft werden könnte.

Diese Angst ist keine abstrakte politische Befürchtung. Ich habe sie als Mensch mit Behinderung. Ich weiß, wie wichtig Unterstützung, Barrierefreiheit, Assistenz und gesellschaftliche Solidarität für ein selbstbestimmtes Leben sind. Ich weiß, dass Teilhabe nicht einfach dadurch entsteht, dass sie in Gesetzen steht. Menschen müssen bereit sein, sie tatsächlich zu ermöglichen.

Für mich ist Inklusion keine Ideologie. Inklusion ist mein Leben.

Wenn Menschen zu Kostenfaktoren gemacht werden

Wie gefährlich eine solche Haltung werden kann, zeigt ein Beispiel aus meiner eigenen Region.

Im Dezember 2021 sorgte eine schriftliche Stellungnahme zum Kreishaushalt in Bad Kreuznach für Entsetzen. Lutz Haufe, damals Fraktionsvorsitzender der AfD im Kreistag, bezeichnete zwei junge Menschen mit Behinderungen als „Problemfälle". In seiner Stellungnahme stellte er ihre Versorgungskosten in einen Zusammenhang mit dem Tod eines der beiden Menschen. Er sprach von einer kaum nachvollziehbaren finanziellen Belastung des Kreises.

Die Stiftung kreuznacher diakonie verurteilte diese Äußerungen öffentlich. Auch der Landesbeirat zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz verabschiedete im Januar 2022 eine Resolution. Darin wurde kritisiert, dass die Reduzierung von Teilhabeleistungen mit dem Tod von Menschen mit Behinderungen in Verbindung gebracht worden war.

Das ist dokumentiert und nachzulesen: in der Stellungnahme der Stiftung kreuznacher diakonie vom 23. Dezember 2021 und in der Resolution des Landesbeirats vom 20. Januar 2022.

Warum erwähne ich diesen Vorfall? Weil er zeigt, was geschieht, wenn Menschen nicht mehr in erster Linie als Menschen mit Würde und Rechten betrachtet werden, sondern als vermeintliche finanzielle Belastung.

Natürlich muss eine demokratische Gesellschaft über öffentliche Ausgaben und die Finanzierung sozialer Leistungen diskutieren. Auch Teilhabeleistungen müssen wirtschaftlich und rechtlich korrekt organisiert werden. Aber eine solche Diskussion darf niemals dazu führen, den Wert eines Menschen an seinen Versorgungskosten zu messen.

Ein Mensch ist nicht weniger wert, weil er Unterstützung benötigt. Ein Mensch verliert seine Würde nicht, weil seine Pflege teuer ist. Und niemand sollte den Tod eines Menschen zum Anlass nehmen, die verbleibenden Kosten als vermeintliche Entlastung darzustellen.

Wenn ich solche Äußerungen lese, frage ich mich, welches Menschenbild dahintersteht. Und ich frage mich, wie schnell eine Gesellschaft ihre Grenzen verschieben kann, wenn solche Aussagen nicht entschieden zurückgewiesen werden.

„Die Inklusion unverzüglich beenden“?

Im Sommerinterview des MDR im August 2023 bezeichnete der Thüringer AfD-Politiker Björn Höcke Inklusion als „Ideologieprojekt“. Er forderte, das Bildungssystem davon zu „befreien“.

Noch deutlicher wird die politische Richtung im Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt für die Landtagswahl 2026. Dort heißt es:

„Wir werden die Inklusion unverzüglich beenden und die Förderschulen ausbauen!“

Das ist keine bloße Vermutung darüber, was die AfD möglicherweise vorhaben könnte. Es ist eine konkrete politische Forderung.

Natürlich brauchen Kinder mit Behinderungen eine angemessene Förderung. Natürlich müssen Schulen über ausreichend Personal, geeignete Räumlichkeiten und die notwendigen Unterstützungsangebote verfügen. Und natürlich darf man darüber diskutieren, wie ein inklusives Bildungssystem verbessert werden kann.

Aber die Konsequenz aus Schwierigkeiten darf nicht lauten, Inklusion abzuschaffen.

Die entscheidende Frage ist doch: Was geschieht mit den Kindern, wenn Inklusion nicht mehr als Ziel verfolgt wird? Welche Chancen haben sie auf Bildung, Freundschaften, Selbstständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe? Und welches Signal senden wir an die nächste Generation, wenn wir Menschen mit Behinderungen wieder stärker aus dem gemeinsamen Alltag herauslösen?

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet Deutschland in Artikel 24 dazu, ein inklusives Bildungssystem zu gewährleisten. Sie ist kein unverbindlicher Wunschzettel, sondern ein völkerrechtlicher Vertrag.

Inklusion bedeutet nicht, dass alle Menschen dieselben Fähigkeiten besitzen müssen. Sie bedeutet, dass Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen gleichberechtigt dazugehören und die notwendige Unterstützung erhalten.

Nicht die Existenz von Kindern mit Behinderungen ist das Problem. Die Aufgabe besteht darin, Bildungseinrichtungen so zu gestalten, dass diese Kinder nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Die Lebenshilfe hat eine klare Haltung

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe hat sich bereits am 21. März 2017 mit einem gemeinsamen Beschluss des Bundesvorstands und der Landesvorsitzenden deutlich positioniert: Die Werte der Lebenshilfe und die Positionen der AfD sind unvereinbar.

In ihren Empfehlungen zum Umgang mit der AfD erläutert die Bundesvereinigung, warum sie die politische Ausrichtung der Partei als unvereinbar mit den Grundwerten der Lebenshilfe betrachtet.

Die Lebenshilfe steht für Menschlichkeit, Vielfalt, Selbstbestimmung und Teilhabe. Sie setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der Menschen mit Behinderungen nicht ausgegrenzt werden. Diese Haltung ist nicht beliebig und darf nicht nur dann vertreten werden, wenn es politisch bequem ist.

Die Empfehlungen sind auf der Website der Bundesvereinigung Lebenshilfe zu finden.

Ich halte es für richtig und notwendig, dass sich die Lebenshilfe so deutlich positioniert. Wer sich für Menschen mit Behinderungen einsetzt, muss auch dann für ihre Rechte eintreten, wenn diese politisch unter Druck geraten.

Dabei geht es nicht darum, jede abweichende Meinung pauschal als menschenfeindlich zu bezeichnen. Eine demokratische Gesellschaft muss kontroverse Diskussionen aushalten. Aber sie muss auch erkennen, wann grundlegende Rechte und die gleichberechtigte Würde von Menschen infrage gestellt werden.

Was sagt das Gutachten der Gesellschaft für Freiheitsrechte?

Auch die verfassungsrechtliche Debatte über die AfD ist inzwischen weiter fortgeschritten. Die Gesellschaft für Freiheitsrechte hat ein umfassendes rechtswissenschaftliches Gutachten zur Frage erstellt, ob die AfD nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes verfassungswidrig ist und verboten werden könnte.

Das Ergebnis ist deutlich: Die Autorinnen und Autoren kommen zu dem Schluss, dass die AfD verfassungswidrig sei, weil sie nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhängerinnen und Anhänger darauf ausgehe, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen.

Das Gutachten untersucht unter anderem die Abwertung von Menschen mit Migrationsgeschichte, die Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen, die Remigrationspolitik und Angriffe auf den demokratischen Wettbewerb. Es stützt sich auf eine umfangreiche Auswertung von Parteiprogrammen, parlamentarischen Dokumenten, Pressemitteilungen und Beiträgen in sozialen Medien.

Die Untersuchung ist auf afd-gutachten.de vollständig zugänglich.

Wissenschaftliche und rechtliche Genauigkeit bedeutet allerdings auch, die Grenzen dieser Untersuchung zu benennen: Das Gutachten stellt ausdrücklich fest, dass eine gezielte Verletzung der Menschenwürde von Menschen mit Behinderungen durch die AfD als Gesamtpartei anhand des ausgewerteten Materials nicht nachgewiesen werden konnte. Das ist von der Gesamtbewertung der Partei zu unterscheiden. Ein Gutachten ersetzt zudem nicht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über ein Parteiverbot.

Für meine persönliche Sorge vor einer Politik, die Inklusion zurückdrängen will, ist das kein Grund zur Entwarnung. Die konkreten Forderungen zur Abschaffung der Inklusion und die dokumentierten behindertenfeindlichen Äußerungen bleiben Gegenstand einer notwendigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Gerade deshalb sollten wir uns mit den tatsächlichen Aussagen, Programmen und politischen Konsequenzen befassen, statt uns mit Schlagworten zufriedenzugeben.

Wer profitiert von dieser Politik?

Eine weitere Frage beschäftigt mich: Warum unterstützen Menschen eine Partei, deren politische Vorschläge möglicherweise auch ihre eigenen Interessen beeinträchtigen?

Ich denke dabei besonders an Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, mit geringen Einkommen leben oder auf soziale Sicherung angewiesen sind.

Mir ist bewusst, dass Menschen aus ganz unterschiedlichen Gründen AfD wählen. Niemand sollte pauschal über die Motive aller Wählerinnen und Wähler urteilen. Aber ich finde, wir müssen genauer hinschauen, welche Interessen politische Programme tatsächlich vertreten.

Die AfD verspricht unter anderem Steuersenkungen und wirbt mit einem vereinfachten Steuersystem. In ihrem Steuerkonzept bezieht sie sich auf das Reformmodell des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Paul Kirchhof.

Die entscheidende Frage lautet jedoch: Wer profitiert in welchem Umfang von diesen Vorschlägen? Wie wirken sie sich auf die öffentlichen Einnahmen aus? Und welche Folgen hätte das für die Finanzierung von Pflege, Assistenz, Bildung und sozialer Infrastruktur?

Gerade Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, müssen diese Fragen stellen dürfen. Denn ihre Selbstbestimmung hängt nicht allein von individuellen Rechten ab, sondern auch davon, ob die notwendigen Leistungen tatsächlich verfügbar sind.

Wenn wir soziale Leistungen sichern wollen, dürfen wir Menschen mit geringen Einkommen nicht gegen Menschen mit Behinderungen ausspielen. Beide Gruppen können ein gemeinsames Interesse an einer solidarischen Gesellschaft haben, in der niemand allein gelassen wird.

Es reicht deshalb nicht, politische Versprechen auf ihre Eingängigkeit zu prüfen. Wir müssen auch ihre tatsächlichen Folgen untersuchen.

Die Angst vor der Normalisierung der Ausgrenzung

Was mich besonders erschreckt, ist die Gefahr, dass sich die Grenzen dessen verschieben, was öffentlich gesagt werden kann, ohne auf entschiedenen Widerspruch zu stoßen.

Wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft pauschal abgewertet werden, wenn Minderheiten als Bedrohung dargestellt werden und wenn die Abschaffung von Inklusion als vernünftige Sachpolitik erscheint, dann dürfen wir das nicht einfach hinnehmen.

Nicht jede politische Auseinandersetzung ist mit Menschenfeindlichkeit gleichzusetzen. Aber es ist ein Unterschied, ob wir darüber diskutieren, wie Inklusion besser umgesetzt werden kann, oder ob wir ihre Abschaffung fordern.

Es ist ein Unterschied, ob wir konkrete Probleme benennen, oder ob wir ganze Gruppen von Menschen zum Problem erklären.

Wenn Ausgrenzung immer häufiger als legitime politische Antwort erscheint, besteht die Gefahr, dass sie gesellschaftlich akzeptabler wird. Genau dieser Entwicklung müssen wir widersprechen.

Dabei geht es nicht darum, jede politische Entwicklung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus gleichzusetzen. Eine solche Gleichsetzung wäre historisch ungenau. Es geht vielmehr darum, aus der Geschichte zu lernen und Ausgrenzung, Entrechtung und Menschenverachtung rechtzeitig entgegenzutreten.

„Seid Menschen!"

Immer wieder denke ich an Margot Friedländer, die Holocaust-Überlebende, die im Mai 2025 gestorben ist. Wenn ich Videos von ihr sehe, auch wenn es nur kurze Ausschnitte sind, erinnern mich ihre Worte daran, wie wichtig Menschlichkeit und Verantwortung füreinander sind.

Ihre Botschaft „Seid Menschen!" ist für mich mehr als ein Appell zu persönlicher Freundlichkeit. Sie erinnert daran, dass eine Gesellschaft ihre Menschlichkeit nicht einfach bewahrt, ohne etwas dafür zu tun.

Wir müssen widersprechen, wenn Menschen abgewertet werden. Wir müssen widersprechen, wenn Minderheiten zu Sündenböcken gemacht werden. Und wir müssen widersprechen, wenn die Rechte von Menschen infrage gestellt werden, die sich nicht ohne Unterstützung am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.

Wir dürfen nicht erst dann handeln, wenn Menschen ihre Rechte bereits verloren haben.

Meine Angst darf nicht zum Schweigen führen.

Ich lebe mit einer schweren körperlichen Behinderung und bin auf Unterstützung und Assistenz angewiesen. Ich weiß deshalb aus meinem Alltag, wie entscheidend es ist, dass Menschen nicht nur theoretisch Rechte besitzen, sondern sie tatsächlich wahrnehmen können.

Seit mehr als zehn Jahren setze ich mich für Inklusion und Teilhabe ein. Ich habe erlebt, wie mühsam es sein kann, Barrieren abzubauen und Selbstbestimmung durchzusetzen. Ich weiß, dass gesellschaftliche Fortschritte nicht selbstverständlich sind.

Deshalb macht mir die Vorstellung Angst, dass diese Fortschritte wieder zurückgenommen werden könnten. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der meine Teilhabe als ideologisches Projekt abgewertet wird oder mein Unterstützungsbedarf darüber entscheidet, welchen Platz ich einnehmen darf.

Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der ich selbstverständlich dazugehöre. In der Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen können. In der Menschen unabhängig von ihrer Herkunft gleichberechtigt sind. Und in der niemand seine Würde erst durch Leistung beweisen muss.

Ich habe Angst vor dem Aufstieg der AfD. Aber ich möchte nicht, dass diese Angst dazu führt, dass ich schweige.

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe hat ihre Haltung deutlich gemacht. Jetzt kommt es darauf an, dass wir diese Haltung auch im Alltag mit Leben füllen.

Wir müssen uns gegen eine Politik stellen, die Menschen ausgrenzt, ihre Rechte infrage stellt oder ihre Würde von ihrer vermeintlichen Nützlichkeit abhängig macht. Wir müssen für eine Gesellschaft eintreten, in der Vielfalt nicht als Bedrohung, sondern als Realität anerkannt wird.

Das ist keine Frage parteipolitischer Bequemlichkeit. Es ist eine Frage unserer gemeinsamen Verantwortung.

Inklusion ist für mich keine Ideologie. Sie ist mein Leben. Und ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass dieses Leben und die Leben anderer Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft einen selbstverständlichen Platz haben.

Denn eine inklusive Gesellschaft entsteht nicht von allein. Sie entsteht, wenn Menschen füreinander einstehen, wenn sie Widerspruch leisten und wenn sie sich weigern, die Ausgrenzung anderer als normal hinzunehmen.